

Mitteilung des Senats vom 5. Dezember 2006***Die künftige Meerespolitik der EU – Auswirkungen des Grünbuchs auf Bremen und Bremerhaven***

Die Fraktionen der SPD und der CDU haben in der Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) am 11. Oktober 2006 unter dem Titel „Die künftige Meerespolitik der EU – Auswirkungen des Grünbuchs auf Bremen und Bremerhaven“ einen Antrag beschlossen und den Senat um Berichterstattung gebeten. Dieser Bitte kommt der Senat mit der vorliegenden Mitteilung nach.

Hierzu gibt der Senat folgende Mitteilung:

1. Der Senat wird gebeten darzulegen, welche Bedeutung er dem von der EU-Kommission vorgelegten Grünbuch zur Meerespolitik insbesondere für das Land Bremen beimisst. Dabei möge er darüber informieren,
 - a) wie sich das Land Bremen bisher in den Entstehungsprozess des Grünbuchs eingebracht hat und
 - b) welche Chancen und Risiken sich für das Land Bremen aus heutiger Sicht abzeichnen.

Der Bremer Senat misst dem von der Europäischen Kommission am 7. Juni 2006 vorgelegten Grünbuch „Die künftige Meerespolitik der Europäischen Union: Eine europäische Vision für die Ozeane und Meere“ sowie der dadurch angestoßenen europaweiten Diskussion über eine künftige gemeinsame Meerespolitik der EU-Staaten eine sehr große Bedeutung zu.

Der Senat unterstützt ausdrücklich den von der Kommission vorgeschlagenen integrativen Politikansatz. Eine europäische Meerespolitik erscheint in besonderer Weise geeignet, die Ziele der Lissabon-Strategie – Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Europas auf Grundlage von Wissen – mit den ergänzenden Zielen der Räte von Göteborg und Den Haag – soziale Gerechtigkeit, Schutz der Umwelt und internationale Verantwortung – in Verbindung zu bringen und gerade in den Küsten- und Meeresregionen umzusetzen. Die durch eine integrierte Meerespolitik verfolgten Ziele wie z. B.

- nachhaltige Beschäftigung sichern durch Forschung und Innovation,
- Häfen, Schiffsverkehr, Schifffahrtswege den Erfordernissen der Globalisierung anpassen und deren Sicherheit erhöhen,
- nachhaltige Bewirtschaftung der Meere,
- Meeresumwelt schützen

entsprechen dem elementaren Interesse des Landes Bremen. Das Land Bremen ist standortbedingt in besonderer Weise mit dem Meer verbunden und verfolgt seit vielen Jahren einen systematischen, die verschiedenen Politikbereiche integrierenden Ansatz einer Meerespolitik, der zugleich die bremischen Kompetenzen, insbesondere im Forschungsbereich vernetzt und auch für Technologieentwicklung und Wissenschaftstransfer offensiv nutzt.

Der Anteil der Meeresregionen am BIP Europas umfasst mehr als 40 %. Über den Seeweg werden 90 % der Außenhandelsgüter und 40 % der Binnenhandelsgüter der EU befördert. In den europäischen Seehäfen werden jedes Jahr etwa 3,5 Mrd.

Tonnen Fracht umgeschlagen, mit deutlich steigender Tendenz. Rund ein Viertel aller Beschäftigten in Bremen sowie ein Viertel der regionalen Wertschöpfung sind bereits heute dem maritimen Sektor direkt und indirekt zuzuordnen. Europaweit geht die Europäische Kommission von einem Wachstumspotenzial von 15 % in diesem Sektor für die nächsten fünf Jahre aus.

Mit den bremischen Häfen, den hier angesiedelten hafennahen Dienstleistungs-, Logistik- und Wirtschaftsunternehmen, den leistungsfähigen Werften, den Hochschulen und Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, den Akteuren im Bereich Offshore-Windenergie, den Nahrungsmittelunternehmen im Fischereihafen Bremerhaven oder aber den touristischen Einrichtungen mit „Meeresbezug“ besitzt das Land Bremen in Infrastruktur, Wirtschaft und Wissenschaft ein hervorragendes Potenzial, um von diesen absehbaren positiven Entwicklungen weiter überproportional profitieren zu können.

a) Der Senat hat sich frühzeitig und intensiv – insbesondere seit Amtsantritt der neuen Kommission – am Entstehungsprozess des Grünbuchs und den folgenden Diskussionen beteiligt. Wesentliche Meilensteine waren und sind in diesem Zusammenhang:

- Gespräch des damaligen Bürgermeisters Dr. Scherf am 15. April 2005 in Brüssel mit EU-Kommissar „fish and maritime affairs“ Dr. Borg. Hier wurde u. a. das Angebot des Landes Bremens zur konkreten Zusammenarbeit auf Grundlage der dargestellten spezifischen Bremer Kompetenzen unterbreitet. Dieses Angebot wurde von Seiten der Kommission positiv aufgenommen.
- Gespräche mit dem Bund zur Entwicklung Bremens als „Pilotregion Logistik und maritime Wirtschaft“.
- Kontakt mit EU-Kommissar Verheugen u. a. in Sachen Bremen als „Pilotregion Logistik und maritime Wirtschaft“.
- Besuch von EU-Kommissar Dr. Borg in Bremerhaven aus Anlass des 25-jährigen Jubiläums des Alfred-Wegener-Instituts (AWI) in 2005.
- Positionspapier der norddeutschen Länder im Jahr 2005 zum Grünbuch.
- Erstellung einer Studie zur Ermittlung und Darstellung der Potentiale in maritimen Technologien und Dienstleistungen im Land Bremen aus Anlass der 4. Nationalen Maritimen Konferenz in Bremen.
- Erarbeitung einer gemeinsamen Stellungnahme der norddeutschen Länder zum Grünbuch (im Verfahren).
- Frühzeitiges Angebot an den Bund und die Europäische Kommission zur Ausrichtung der Abschlusskonferenz der Konsultationsphase zum Grünbuch.
- Die zentrale Fachkonferenz zum Grünbuch im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft konnte für den 2. bis 4. Mai 2007 für Bremen gewonnen werden.
- Temporäre Entsendung eines Mitarbeiters der bremischen Verwaltung zum BMVBS zur Vorbereitung der Konferenz.

b) Der Senat sieht in einer integrativen europäischen Meerpolitik große Chancen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum im Bereich der maritimen Wirtschaft und ihrer Zulieferer und verbindet mit einer koordinierten Europäischen Meerpolitik u. a. die Erwartung auf neue Beschäftigungsperspektiven in Wirtschaft, Wissenschaft und Qualifizierung. Gleichzeitig erwartet der Senat neue Impulse für eine Verbesserung des Zustands der marinen Ökosysteme und ihren nachhaltigen Schutz.

Das Land Bremen verfügt über vielfältige Potenziale und internationale Kooperationsbeziehungen auf zahlreichen maritimen Feldern. Dazu zählen u. a. meereswissenschaftliche und maritime Forschung, Entwicklung und Technologie, Schiffbau, Hafengewirtschaft, Logistik, Seeverkehr, Umweltschutz, integriertes Küstenzonenmanagement, Offshore-Windenergie, Fischwirtschaft und Tourismus.

Nach Auffassung des Senats bietet der integrative Ansatz für eine Meerpolitik der Europäischen Union auf ihren verschiedenen Entscheidungsebe-

nen eine viel versprechende Perspektive, die Stärkung wirtschaftlicher Potenziale – wie sie speziell die maritime Wirtschaft bietet – mit einer nachhaltigen und ökologischen Entwicklung zu verbinden, die auf den Erkenntnissen der Grundlagenforschung aufbaut, die in hohem Maße auch von breiten Wissenschaftlern generiert werden. Nur der konsequente Ausgleich aller Interessen ermöglicht sowohl eine die ökologischen Belange berücksichtigende Weiterentwicklung der See- und Binnenschifffahrt und der Häfen als Verkehrsträger als auch den Schutz der Meeresumwelt und die schonende wirtschaftliche Nutzung der Meeresressourcen, z. B. für erneuerbare Energien, nachhaltige Fischerei und innovative Produkte und Dienstleistungen.

Vor diesem Hintergrund ist es konsequent, die einzelnen meeresbezogenen Themen und Zuständigkeiten stärker zu bündeln und die wechselseitigen Abhängigkeiten und Schnittstellen der einzelnen Bereiche herauszuarbeiten, Synergiepotentiale zu identifizieren und zu nutzen.

Hinsichtlich etwaiger zu klärender Punkte sind im Zusammenhang mit den Aktivitäten um das Grünbuch vor allem drei Punkte hervorzuheben:

- Das Grünbuch enthält eine Fülle von Informationen und Vorschlägen für alle Handlungsfelder europäischer Meerespolitik. Im weiteren Verfahren ist eine Strukturierung, Gewichtung und Priorisierung der einzelnen Punkte und Vorschläge zwingend erforderlich. Dabei sollten die Aspekte Häfen, Schiffbau, Schifffahrt, Reedereiwirtschaft noch stärker beleuchtet werden. Wegen ihrer wertschöpfenden und insbesondere im Land Bremen beschäftigungspolitischen Bedeutung sollten die Hafengewirtschaft, die Logistikbranche und Fragen der Verbesserung der Hinterlandanbindungen und der Sicherheit in diese Betrachtung stärker einbezogen und weiterentwickelt sowie der Erschließung innovativer Potentiale (z. B. in den Bereichen Neuer Technologien und der Robotik) ein besonderer Stellenwert zugemessen werden. Außerdem können die Chancen einer Meeresnutzung unter Berücksichtigung von Schutzaspekten noch deutlicher herausgearbeitet werden.
- Eine europäische Meerespolitik muss sich zwingend am Grundsatz der Subsidiarität ausrichten. Die Politik muss so ausgestaltet werden, dass ihre Umsetzung den regionalen Besonderheiten und den vorhandenen Strukturen gerecht werden kann. Eine europäische Meerespolitik darf nicht in erster Linie dazu führen, dass funktionierende regionale und nationale Strukturen überflüssig werden, sondern muss vor allem dazu beitragen, dass die bestehenden Strukturen, Instrumente, Regularien besser aufeinander abgestimmt, koordiniert und einheitlich angewendet und umgesetzt werden. Ein auch nach außen kommunizierbarer Mehrwert durch eine koordinierte europäische Meerespolitik wird vor allem dann entstehen, wenn es gelingt, bisher weitgehend isoliert entwickelte maritime Politikbereiche besser und rechtzeitiger aufeinander abzustimmen.
- Bestehende Standards müssen harmonisiert werden, bevor neue entwickelt werden. Genauso wie die Meere ein globales Ökosystem bilden, ist die maritime Wirtschaft eine global agierende Branche. Deswegen muss sich mit dem Gewicht Europas dafür eingesetzt werden, internationale Standards weltweit umzusetzen, um so etwaige Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern. Dies gilt auf allen Ebenen, wie beispielsweise dem Umweltschutz, dem Schutz des geistigen Eigentums, dem Arbeitsrecht oder der Handelspolitik.

Diese letztgenannten Aspekte berücksichtigend, lässt sich in einer ersten Bewertung allerdings schon heute grundsätzlich feststellen, dass für Bremen die Chancen, die in einer europäischen Meerespolitik liegen, weitaus höher zu bewerten sind als mögliche Risiken.

2. Der Senat möge erläutern, wie er sich an dem europaweiten Konsultationsprozess beteiligt, um die spezifischen Interessen des maritimen Standortes des Landes Bremen angemessen in den Schlussfolgerungen der EU-Kommission zu verankern. Von Interesse ist in diesem Zusammenhang auch, welche Rolle dabei die

Zusammenarbeit mit den norddeutschen Küstenländern zur Wahrung gemeinsamer Interessen spielt.

Wie schon unter 1. und auch in der Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Juli 2006, Grünbuch/Green Paper der EU-Kommission „Die künftige Meerespolitik der EU: Eine europäische Vision für Ozean und Meere“ dargelegt, wurde und wird der Entstehungsprozess zum Grünbuch wie auch der eingeleitete einjährige und Mitte 2007 endende Konsultationsprozess vom Land Bremen intensiv begleitet. Der Senat wird seine Position zum Grünbuch im Rahmen des Konsultationsprozesses formulieren. Ein erster Entwurf der beabsichtigten gemeinsamen Stellungnahme der Küstenländer wurde vom federführenden Bundesland Schleswig-Holstein erstellt und befindet sich in der Abstimmung mit den anderen Küstenländern. Zurzeit wird von Seiten der betroffenen Senatsressorts unter Koordination der Senatskanzlei und unter Einbeziehung bremischer externer Experten intensiv an der Erarbeitung bremischer Positionen gearbeitet. Bremen wird seine Anliegen, Interessen und Kompetenzen umfassend u. a. in diese gemeinsame Stellungnahme einfließen lassen. Die Formulierung einer gemeinsamen Position der norddeutschen Länder bietet – auch bei im Einzelfall unterschiedlichen und z. T. konkurrierenden Interessenlagen – die große Chance der Betonung der grundsätzlich gemeinsamen Interessen der Küstenländer gegenüber dem Bund und der Europäischen Kommission. Damit verbessert sich – in Verbindung mit den skizzierten eigenen bremischen Aktivitäten – die Chance zur Durchsetzung der spezifischen Interessen der Küstenanrainer im Kontext des Grünbuchs.

Gemeinsam mit den übrigen Küstenländern hat sich der Senat erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Forderung der MPK vom 22. Juni 2006, die „integrative europäische Meerespolitik“ während der deutschen Ratspräsidentschaft „in enger Abstimmung mit den Ländern (. . .) voranzubringen“, in das Präsidentschaftsprogramm aufgenommen wurde. Im Programm heißt es dazu: „Die künftige Meerespolitik der EU muss dazu beitragen, im maritimen Bereich Wachstum und Beschäftigung im Sinne der Lissabon-Strategie zu fördern und zugleich die Meeresumwelt zu schützen. Dazu bedarf es einer integrativen Meerespolitik, die alle maritimen Wirtschaftsbereiche (z. B. Hafenwirtschaft, Schiffbau und Meerestechnik, Nutzung von Ressourcen aus dem Meer, Fischerei, Meeresbergbau, Meeresforschung, Seeverkehr, Tourismus) einbezieht. Der Vorsitz wird zur Begleitung des einjährigen Konsultationsprozesses der Kommission eine hochrangige Konferenz durchführen.“

Darüber hinaus wird die Bremer EU-Vertretung, gemeinsam mit Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern am 7. März 2007 eine Veranstaltung im Gebäude des Ausschusses der Regionen in Brüssel zum Thema „Meer und Wirtschaft – Maritime Konzepte aus dem Norden Deutschlands für Europa“ durchführen, in der die maritimen Potenziale der Küstenländer als Beitrag für die europäische Meerespolitik herausgestellt werden.

Zur Formulierung und Identifizierung der bremischen Position wird der Senat auch die in Bremen und Bremerhaven vorhandenen Kompetenzen in Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung nutzen und diese weitmöglichst einbeziehen. Mit diesem Ziel führte am 7. November 2006 der Senator für Wirtschaft und Häfen im Rahmen seiner Mitgliedschaft in der AMRIE (Alliance of Maritime Regional Interests in Europe) in Bremen einen Workshop zum Grünbuch durch, an dem neben den Senatsressorts bremische Institutionen beteiligt wurden. Ferner wird geprüft, wie und in welcher Form mit weiteren bremischen Akteuren und Fachleuten aus der Region Vorschläge zum Grünbuch diskutiert werden können.

3. Der Senat wird gebeten darzulegen, welche für den maritimen Standort Bremen/Bremerhaven besonders bedeutsamen Schwerpunkte er im Grünbuch sieht, und wie er diesen bei der Formulierung der Positionen angemessene Berücksichtigung verschaffen will.

Vor dem Hintergrund des laufenden und unter 2. skizzierten Prozesses ist eine abschließende Darstellung der bremischen Schwerpunkte noch nicht möglich. Gleichwohl lassen sich vorbehaltlich des Ergebnisses der weiteren Abstimmungsprozesse schwerpunktmäßig folgende Themenfelder skizzieren, die für das Land von zentraler Bedeutung sind und insofern eine zentrale Rolle bei den bremischen Beiträgen spielen werden:

Seehafenwirtschaft und Logistik

Das Bundesland Bremen zählt zu den herausragenden Hafen- und Logistikstandorten und nimmt damit eine zentrale Stellung innerhalb des Binnenmarktes ein. Der Hafen- und Logistiksektor stellt einem aktuellen Forschungsprojekt der Kieserling-Stiftung zufolge mit 86.000 Beschäftigten im Land Bremen eine der wichtigsten Wirtschaftsbranchen dar. Bundesweit sind mehr als 174.000 Arbeitsplätze von der bremischen Hafen- und Logistikwirtschaft abhängig. Bremerhaven ist der zweitgrößte Automobilhafen in Europa und der zweitgrößte Containerumschlagsplatz in Deutschland. Mit der BLG hat Europas größter Containerterminalbetreiber seinen Sitz in Bremen. Mit seinen im Zentrum des EU-Binnenmarktes liegenden Seehäfen, seiner modernen Hafen-, Lager-, Entsorgungs- und Verkehrsinfrastruktur, der breit aufgestellten Logistikbranche und einschlägigen Forschungseinrichtungen weist das Land Bremen ein erhebliches Innovations- und Entwicklungspotenzial auf und bietet damit herausragende Möglichkeiten zur Erschließung von Innovationen im und für den Logistiksektor, sowie zur Erschließung von Wachstumspotenzialen der bremischen Häfen und des Logistiksektors. Diese Chancen sind zu nutzen und auch im Zusammenhang mit etwaigen Maßnahmen in Folge der Diskussion um das Grünbuch einzubringen.

Clustering Global Monitoring for Environment and Security (GMES)/Robotik/Meerestechnik

Das Land Bremen ist nicht allein ein europaweit bedeutender Standort der maritimen Wirtschaft und Wissenschaft, sondern mit Unternehmen wie Astrium, EUROCKOT und OHB Technology neben Bayern der größte Standort der Raumfahrtbranche in Deutschland. Gerade im Bereich der Raumfahrttechnologien und deren Anwendungen, Robotik und Meerestechnik ist Bremen ein national und in wesentlichen Teilen auch international wahrgenommener Wissenschaftsstandort. In diesen Bereichen betreiben mehrere renommierte inner- und außerhochschulische Wissenschaftseinrichtungen Forschung und Entwicklung. Im Bereich der unterschiedlichen Raumfahrt-Forschungsschwerpunkte sind vor allem das in Gründung befindliche DLR-Institut für Raumfahrtsysteme, und die folgenden Universitätsinstitute hervorzuheben: Zentrum für angewandte Raumfahrttechnologie und Mikrogravitation (ZARM), Institut für Umweltphysik und Fernerkundung (IUP/IFE) und die Forschungsgruppe Robotics/Labor des Deutschen Forschungszentrums für künstliche Intelligenz (DFKI) zu nennen. Weitere Forschungsbereiche der Universität Bremen, der International University Bremen und mehrere weitere außerhochschulische Forschungsinstitute bearbeiten raumfahrt- und erdfernerkundungsbezogene Forschungsthemen. Zusätzlich ist zu erwähnen, dass sich Bremen mit dem GMES Office (Global Monitoring for Environment and Security) im wachsenden Bereich des „GMES-Marktes“, das heißt des Umwelt- und Sicherheitsmonitorings, positioniert.

Gerade zum Bereich GMES, von Fragen der Fernerkundung bis zur Robotik, bestehen breite Anknüpfungspunkte zu relevanten Aspekten der maritimen Wissenschaft und Wirtschaft, wie z. B. der Tiefseeforschung, der Exploration von Bodenschätzen, der Umwelt- und Schiffs-/Containerüberwachung oder Klimaforschung. Die am Standort gesammelten Kompetenzen einerseits in den maritimen, andererseits in den raumfahrtbezogenen Bereichen bieten eine hervorragende weitere wissenschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungsperspektive. Vor diesem Hintergrund strebt Bremen an, sich maßgeblich an dem geplanten GMES-bezogenen Bundesvorhaben „DeMarine“ zu beteiligen und späterhin europaweit eines der GMES-Zentren mit dem Schwerpunkt Maritime Dienstleistungen für den Bereich Nord-/Nordosteuropa zu werden.

Erneuerbare Energien/Offshore-Windenergie

Das Land Bremen verfolgt mit der Strategie „On- und Offshore-Windenergie in Bremen und Bremerhaven“ vom 11. Februar 2003 die Profilierung des Standorts insbesondere für den Bereich Offshore-Windenergie. Gezielte Förderaktivitäten haben zur Herausbildung eines regionalwirtschaftlich bedeutenden Clusters beigetragen: Die Windenergieagentur Bremen/Bremerhaven (WAB) organisiert Synergien zwischen den in der Windenergiebranche tätigen Unternehmen in der Weserregion; die Forschungs- und Koordinierungsstelle Windenergie an der Hochschule Bremerhaven (fk-wind) fungiert als Netzwerk im Bereich Wissenschaft und Forschung; mit dem Kompetenzzentrum Rotorblatt beim Center für Windenergie und Meerestechnik (CWMT) der Fraunhofer-Gesellschaft weist das

Land Bremen eine einzigartige Kapazität zum Testen und Optimieren von Rotorblättern auf. Im Bremerhavener Gewerbegebiet Luneort stellt das Land Bremen eine schwerlastgeeignete Plattform für Unternehmen der Branche zur Verfügung, die es ermöglicht, schwere Komponenten sowohl an der Wasserkante herzustellen als auch für den Seetransport zu verladen. Mit diesen Erfahrungen profiliert sich das Land Bremen im europäischen Projekt POWER (Pushing Offshore Wind-energy Regions) als Kompetenzzentrum der Offshore-Windenergie-Industrie. Durch die Vertiefung der internationalen Zusammenarbeit im Nordseeraum wird es den Anrainerregionen in den nächsten Jahren möglich sein, einen erheblichen Anteil an der Wertschöpfung im Bereich Offshore-Windenergie zu gewinnen. Vor diesem Hintergrund verfolgt das Land Bremen bereits seit mehreren Jahren konsequent ein Cluster-Konzept Offshore-Windenergie, um seine traditionellen Kompetenzen als maritim geprägter Standort (z. B. Schiffbau, Stahlbau, Hafenwirtschaft) in neue zukunftsfähige Strukturen einzubinden.

Meeresforschung/-technik; Transfer zur Wirtschaft

Ziel der europäischen Meeresforschungspolitik sollte es sein, den vorhandenen Wissensvorsprung zu stärken und auszubauen, um eine solide Basis für die Entwicklung und Anwendung innovativer maritimer Technologien, insbesondere der Marinen Biotechnologie zu schaffen. Weite Bereiche der marinen Ressourcen sind bisher aufgrund unzureichender Kenntnisse nicht erschlossen worden. Diese Wissenslücken können nur durch eine intensive Grundlagenforschung geschlossen werden, zu der bremische Meereswissenschaftler einen zentralen Beitrag leisten und auch künftig leisten werden. Moderne Forschungsansätze und innovative Technologien bieten viel versprechende Perspektiven, marine Ressourcen zu analysieren und nachhaltig zu erschließen. Mit der Großforschungseinrichtung AWI, dem Max-Planck-Institut für marine Mikrobiologie, dem Forschungszentrum Ozeanränder, dem Zentrum für Marine Tropenökologie, der Universität Bremen (insbesondere MARUM), der IUB und den Hochschulen in Bremen und Bremerhaven sowie der Gesellschaft für angewandten Umweltschutz und Sicherheit im Seeverkehr (GAUSS) befindet sich im Land Bremen ein starkes und exzellentes Potenzial an meeresbezogenen Wissenschafts-, Forschungs- und Transfereinrichtungen, die mit regional, national und international agierenden Unternehmen vernetzt sind. Außerdem wird geprüft, in Bremerhaven die angewandte Meeresforschung zum Zwecke der Intensivierung des Technologietransfers auszuweiten. Ferner verfügt Bremen insbesondere mit dem ISL, dem BIBA, dem Forschungsverbund Logistik über ein umfangreiches wissenschaftliches und innovatives Potential in der Verkehrs- und Produktionslogistik.

Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung

Im Grünbuch werden Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit als Mittel genannt, um die Annahme von in der EU entwickelten Verfahren im Bereich des maritimen Managements durch Drittländer zu fördern. Zudem wird hervorgehoben, dass Entwicklungsländer im Bereich des Integrierten Küstenzonenmanagements (IKZM) und der nachhaltigen Verwaltung von Küstengewässern „vom europäischen Know-how und der europäischen Unterstützung profitieren“. Seit Mitte der 90er Jahre hat sich Bremen in enger Kooperation mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der InWEnt gmbH zu einem Zentrum für internationale Fortbildung im Bereich des IKZM entwickelt. Im Rahmen des Bund-Länder-Programms COASTMAN (Coastal Zone Management) des Regionalen Zentrums der InWEnt in Bremen sind seit dem Jahr 2000 ca. 130 Nachwuchsführungskräfte aus Entwicklungsländern zu Kursen zur nachhaltigen Nutzung der Ressourcen von Küsten und Meeren nach Bremen gekommen. Bremen verfügt durch diese Kooperation über ein weltweites Alumni- und Expertennetzwerk sowie über ein großes Potenzial an fachlichem und didaktischem Know-how. Mit dem Folgeprogramm von COASTMAN sollen ab 2007 verstärkt die Kompetenzen Bremens in den Bereichen Hafen und Logistik einbezogen werden.

Schutz der Meeresumwelt

Das Land Bremen ist standortbedingt in besonderer Weise mit dem Meer verbunden. Daraus folgt, dass Bremen nicht allein ein besonderes Interesse an der prosperierenden wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Entwicklung des maritimen Sektors hat, sondern auch an der Sicherstellung eines nachhaltigen Schutzes der Meere und der Küsten. Dies ist einerseits die Grundvoraussetzung für

eine wirtschaftliche Nutzung der Ressource Meer. Andererseits ist eine gesunde und intakte Meeresumwelt aber auch unabdingbar für die Lebensqualität der Menschen in den Küstenregionen und die Funktionsfähigkeit und Stabilität der weltweiten Ökosysteme. Aus diesem Grund ist die Nutzung des Meeres so auszugestalten, dass sie der globalen Bedeutung dieses Ökosystems gerecht wird und der Lebensraum Meer dauerhaft nutzbar und funktionsfähig bleibt.

Am Beispiel der Fischereipolitik ist erkennbar, dass die Durchsetzung des Prinzips der Nachhaltigkeit, die aus ökologischen Gründen unabdingbar ist, auch ökonomisch sinnvoll und notwendig ist: Nur durch eine nachhaltige Fischerei, die sich am langfristigen Dauerertrag orientiert, kann die ökonomische Zukunft der Fischerei sowie der Fischverarbeitung gesichert werden. Dies ist gerade für Bremerhaven als Fischverarbeitungsstandort von großer Bedeutung.

Eine besondere Gefährdung der Meeresumwelt resultiert aus der Klimaänderung, die auch zu einer Erwärmung der europäischen Meeresgebiete führt. Dies führt zu einer deutlichen Veränderung der existierenden Meeresökosysteme mit noch nicht absehbaren weltweiten Konsequenzen für die Umwelt, für die Lebensbedingungen der Menschen sowie für die Meeres- und Küstenwirtschaft. Bereits jetzt sind z. B. das Abwandern wichtiger Fangfische aus der Nordsee und die Zuwanderung bzw. verstärkte Vermehrung bislang nur in wärmeren Gewässern lebender Arten feststellbar.

Um dem Schutz der Meeresumwelt größeres Gewicht beizumessen setzt sich Bremen dafür ein, dass die von der EU-Kommission vorgelegte Meeresstrategie-Richtlinie zur Erreichung eines guten ökologischen Zustandes der Meere integraler Bestandteil der Europäischen Meerespolitik werden soll.

4. Der Senat wird aufgefordert, sich bei seiner Einflussnahme im Konsultationsprozess so einzubringen, dass die für das Land Bremen zentralen Wirtschafts- und Arbeitsbereiche Häfen und Logistik sowie Entwicklungsmöglichkeiten in den maritimen Wissenschafts- und Technologieeinrichtungen besonders berücksichtigt werden. Dabei ist herauszustellen, dass Bremen sich als unabdingbare Voraussetzung für die dauerhafte Nutzung der Meere für eine nachhaltige Bewirtschaftung und ein hohes Schutzniveau der Meeresumwelt einsetzt.

Wie unter den Stellungnahmen zu den Punkten 1 bis 3 erläutert, wirkt der Senat seit geraumer Zeit auf unterschiedlichen Feldern darauf hin, dass die spezifischen Bremer Interessen im Rahmen der Konsultationsphase und insbesondere im Rahmen der Vorbereitung der Fachkonferenz Berücksichtigung finden. Hierzu gehört nicht zuletzt auch der Schutz der Meeresumwelt als zentrale Voraussetzung für die nachhaltige Nutzung der maritimen Ressourcen. Der Senat nutzt hierfür einerseits die bestehenden guten und intensiven Kontakte zum Bund und zur Europäischen Kommission, andererseits auch die bewährten Kontakte zu den anderen Küstenländern Deutschlands. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass Bremen das Angebot des Bundes nutzt und direkt in das auf Bundesebene für das Grünbuch und die Fachkonferenz federführende Bundesministerium für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung (BMBVS) zur Vorbereitung der Konferenz befristet einen Mitarbeiter entsendet hat. Hierdurch werden der Kontakt und der notwendige Informationsfluss sichergestellt und weiter intensiviert.

5. Der Senat wird aufgefordert, der Bürgerschaft (Landtag) den erbetenen Bericht rechtzeitig vor der Bürgerschafts-Sitzung im Dezember 2006 vorzulegen, und das Parlament anschließend regelmäßig über den Fortgang des Konsultationsprozesses zu informieren.

Der Senat kommt mit der vorliegenden Mitteilung des Senats dem Berichtswunsch nach und wird das Parlament sowohl über den laufenden Konsultationsprozess – soweit er Bremen betrifft –, als auch über die weitere Vorbereitung der Europäischen Fachkonferenz zum Grünbuch Meerespolitik regelmäßig informieren.